

INNENPOLITIK

(11) **Nachlese zur 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses**

(Aburteilung der "Vier", weitere Säuberungen und noch mehr Rehabilitierungen beantragt.)

Über einige Anträge und Forderungen, die hinter verschlossenen Türen auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses und auf der sie begleitenden 2. Tagung des V. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) gestellt wurden, jedoch nicht zur Verabschiedung standen und deshalb auch nicht Eingang in die offiziellen Dokumente fanden, berichteten kürzlich die beiden kommunistischen Hongkonger Zeitschriften Zhengming (Nr.22 v.1.8.79) und Dongxiang (Nr.10 v.16.7.79). Zu den nahezu 2000 Anträgen, die auf den beiden Tagungen gestellt wurden, zählten u.a. die folgenden 8. Von ihnen wurde in den offiziellen Medien zwar nichts berichtet, es kann jedoch angenommen werden, daß die darin erhobenen Forderungen innerhalb dieses und des nächsten Jahres erfüllt werden. Freilich müssen auf dem Wege dahin noch teilweise erhebliche politische Widerstände innerhalb der KP Chinas ausgeräumt werden.

1. Öffentliche gerichtliche Aburteilung der "Viererbande"

Im Vergleich zu den anderen der fast 2000 Anträge machte die Zahl der Anträge, in denen die öffentliche gerichtliche Verurteilung der "Viererbande" gefordert wurde, den größten Prozentsatz aus (Zhengming, Nr.23,1.9.79, S.5). Mittlerweile wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Ji Pengfei, in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Direktor der japanischen Rundfunkgesellschaft NHK bestätigt, daß die "Viererbande" auf jeden Fall einen öffentlichen Prozeß bekommen werde. Gegenwärtig sei man jedoch noch mit den Untersuchungen befaßt, und der Zeitpunkt des Prozesses sei noch nicht festgelegt (DGB, 27.8.79). Die kommunistische Hongkonger Tageszeitung Dagong Bao zitierte eine nicht näher bezeichnete japanische Meldung aus Peking, nach der die "Viererbande" nach den Richtlinien des am 1. Juli verabschiedeten "Strafgesetzbuches der Volksrepublik China" abgeurteilt werden würde (ebenda). Dies wurde ebenfalls in der jüngsten Ausgabe von Zhengming bestätigt (Nr.23,1.9.79, S.5-7). Die der KPCh sehr nahestehende Zeitschrift berichtete weiter, daß u.a. auch die Hinrichtung Zhang Zhixins (siehe hierzu unter 2.) der "Viererbande" zur Last gelegt werden würde. Zhengming bezweifelte jedoch, daß der Prozeß gegen die "Viererbande" noch in diesem Jahr stattfinden werde (ebenda). Dies war jüngst von der drittgrößten japanischen Tageszeitung, Mainichi Shimbun, in Berufung auf "verlässliche chinesische Persönlichkeiten", gemeldet worden (nach DGB, 27.8.79).

Während die "Viererbande" derzeit noch im Pekinger Prominentengefängnis Qincheng in der Nähe

der Ming-Gräber auf ihren Prozeß wartet (siehe hierzu Zhengming, Nr.19, 1.5.79, S.26-27), scheint der Kelch an den Anhängern der "Vier" im Außenministerium vorbeigegangen zu sein: die Mao-Nichte Wang Hairong verlor zwar ihre Arbeit, wurde jedoch lediglich in die Parteischule des Zentralkomitees zur Umerziehung geschickt, während der frühere Außenminister Qiao Guanhua sogar wieder nach Hause kehren durfte (Zhengming, Nr. 23, 1.9.79, S.5-6).

2. Strafrechtliche Verfolgung der Mörder Zhang Zhixins

Seit Mai dieses Jahres reißen die Gerüchte über die "revolutionäre Märtyrerin" Zhang Zhixin in den chinesischen Massenmedien nicht ab. Zhang Zhixin, Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas und Funktionärin im Büro für Literatur und Kunst bei der Propagandaabteilung des Parteikomitees der Provinz Liaoning, war 1969 verhaftet worden, weil sie Kritik an der Kulturrevolution, den politischen Mitarbeitern Maos, darunter seine Frau Jiang Qing und Lin Biao, und an Mao selbst geübt hatte, weil dieser seinen Neffen Mao Yuanxin 1968 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Revolutionskomitees der Provinz Liaoning gemacht hatte. Als "aktive Konterrevolutionärin" wurde sie im August 1974 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, nachdem sie sich trotz mehrfacher schwerer Folterung geweigert hatte, von ihren politischen Ansichten abzurücken. Im Frühjahr 1975 faßte dann - nach Darstellung der Zeitschrift Zhengming (Nr.21, 1.7.79, S.28) - das Parteikomitee der Provinz Liaoning auf Veranlassung des Mao-Neffen Mao Yuanxin einstimmig den Beschluß, das zuständige Gericht anzuweisen, die lebenslängliche Haftstrafe in ein Todesurteil umzuwandeln. Alle Parteisekretäre von Liaoning (mit Ausnahme von Huang Oudong, der damals gerade nicht im Dienst war) unterschrieben diesen Beschluß mit "Einverstanden". Den Unterlagen von Wolfgang Bartke zufolge muß es sich hierbei um Zeng Shaoshan, Li Boqiu, Hu Yimin, Yang Chunfu und Mao Yuanxin gehandelt haben. Darüber hinaus erklärte ein gewisser Herr "Chen X-X" (damit ist mit fast 100%iger Wahrscheinlichkeit der stellvertretende Ministerpräsident, Kommandant des Militärbezirks Peking und Politbüromitglied Chen Xilian gemeint) sein mündliches Einverständnis. Nach den Forschungsergebnissen von Wolfgang Bartke zu urteilen, war Chen Xilian damals nicht mehr der erste Parteisekretär von Liaoning, sondern bereits Kommandant des Militärbezirks Peking (seit 1.1.1974) und stellvertretender Ministerpräsident (seit 18.1.1975), so daß Chen sein Einverständnis zur Hinrichtung Zhang Zhixins in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident erklärt haben muß. Auf diese einstimmige Anordnung des Parteikomitees der Provinz Liaoning und mit Unterstützung von "Chen X-X" wurde Zhang Zhixin am 3.4.1975 zum Tode verurteilt. Ohne die 12tägige Berufungsfrist einzuhalten, wurde Frau Zhang bereits am darauffolgenden Tag hingerichtet, um zu verhindern, daß Zhang Zhixin bei ihrer Hinrichtung Parolen wie "Lang lebe die KP Chinas!" rief, war ihr vorher gewaltsam und ohne Narkose die Luftröhre durchschnitten worden. (Der betreffende Gefängnisarzt hat bisher über 60 Todeskandidaten auf diese Weise stumm gemacht. Zhang Zhixin war - am 4. April 1975 - sein 43. Opfer.) (Zhengming Nr.21, 1.7.79, S.28; Nr.22, 1.8.79, S.33;

Nr.23, 1.9.79, S.7; GMRB, 11.8.79)

Sowohl auf der NVK-Tagung als auch auf der des Nationalkomitees der PKCV im Juni dieses Jahres wurden nun zahlreiche Anträge gestellt, die für die Hinrichtung von Zhang Zhixin direkt und indirekt Verantwortlichen vor Gericht zu bringen (Zhengming, Nr.22, 1.8.79, S.7). Seit Monaten fordern dies auch Tausende von Lesern in Briefen an ihre Zeitungen (XNA, 25.6.79; Zhengming, Nr.22, 1.8.79, S.33). Nach Ansicht der hervorragend informierten kommunistischen Hongkonger Zeitschrift Zhengming sind die Hauptverantwortlichen für den "Mord" an Zhang Zhixin der Mao-Neffe Mao Yuanxin, der entgegen anderslautenden Berichten doch noch am Leben sein soll (Zhengming, Nr.21, 1.7.79, S.4), und ein "Herr mit dem Nachnamen Chen", womit Politbüromitglied Chen Xilian gemeint sein muß. Die gleiche Meinung wurde Ende Juni in Wandzeitungen an der "demokratischen Mauer" in Peking vertreten, deren Autoren die Bestrafung Chen Xilians aufgrund seiner Beteiligung an der Hinrichtung von Zhang Zhixin forderten.

Die chinesische Partei- und Staatsführung steht hier vor einem großen Dilemma. Auf der einen Seite gibt es Zigtausende von Fällen wie der von Zhang Zhixin, für die viele der nach wie vor in Machtpositionen sitzende Funktionäre verantwortlich zeichnen. Eine rigorose strafrechtliche Verfolgung der für die Hinrichtung Zhang Zhixins Verantwortlichen würde daher notwendigerweise eine "Entmaofizierung" riesigen Ausmaßes nach sich ziehen, was wiederum eine erhebliche innenpolitische Belastung darstellen würde und den ökonomischen Aufbau zeitweise beeinträchtigen könnte. Auf der anderen Seite fordern sehr viele chinesische Bürger die Bestrafung der "Mörder" Zhang Zhixins, und sie würden es wohl kaum verstehen, wenn Mao Yuanxin, Chen Xilian und andere straflos ausgehen würden. Ohne Zweifel wären Deng Xiaoping und seine Freunde sofort bereit, Mao Yuanxin zu verurteilen, da dieser dem Mao-Clan und der "Viererbande" zuzurechnen ist. Aber wer Mao Yuanxin bestraft, muß auch Chen Xilian strafrechtlich belangen, einen Mann, der unbestrittene Verdienste für die chinesische Revolution hat und der sich unlängst loyal zur Dengschen Politik geäußert hat (siehe C.a., Mai 1979, Ü24). Im Interesse der eigenen Glaubwürdigkeit und um die Masse der Intellektuellen, jungen Facharbeiter und Jugendlichen bei der Stange zu halten, wird der Deng-Fraktion letztlich nichts anderes übrig bleiben, als eine durchgreifende "Entmaofizierung" einzuleiten. Die kommunistische Hongkonger Zeitschrift Zhengming kündigte in ihrer September-Ausgabe (Nr.23, 1.9.79, S.19) bereits an, daß es auch in Peking einen Fall Zhang Zhixin gäbe. Wer damit erneut unter Beschuß geraten könnte, ist klar: der ehemalige Vorsitzende des Revolutionskomitees von Peking, Wu De, der nach wie vor im Politbüro sitzt.

3. Untersuchung über Sinn, Zweck und Hintergründe neu entstandener luxuriöser Bauten im chinesischen Regierungsviertel Zhongnanhai

Mit diesem Antrag wollten die Antragsteller zweifelsohne eine strafrechtliche Verfolgung des Mitglieds des Ständigen Ausschusses des Politbüros und stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, Wang Dongxing, einleiten, der am 17.6.79 sogar noch in das Präsidium der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses gewählt worden war. Die Vorwürfe, die in diesem Zusammenhang gegen Wang Dongxing erhoben

wurden und werden, sind schwerwiegend: Wang soll den Abriß des Qinzhen-Palastes in Zhongnanhai angeordnet haben und an dessen Stelle für sich einen Prachtbau von über 6.000qm gebaut haben lassen. Die Kosten pro qm sollen 2.000 Yuan betragen haben. Demnach würden sich die Gesamtkosten für den sehr großzügig angelegten Wohnsitz dieses Herrn auf über 12 Millionen Yuan belaufen (Zhengming, Nr.22, 1.8.79, S.7; vgl. AFP, 30.6.79, nach MD, 3.7.79).

Nach dem am 1. Juli 1979 verabschiedeten Strafgesetzbuch der VRCh könnte eine derartige Verschwendung öffentlicher Mittel bei entsprechender Auslegung sogar als Unterschlagung öffentlichen Vermögens nach §155 strafrechtlich verfolgt werden. Im §155 des Strafgesetzbuches heißt es u.a.: "Wer als staatlicher Funktionär die Vorteile seiner amtlichen Befugnisse mißbraucht und öffentliches Vermögen unterschlägt, wird mit Gefängnis oder Gewahrsam bis zu fünf Jahren bestraft; ist der Vermögenswert hoch oder sind die Umstände schwerwiegend, wird eine Gefängnisstrafe von mindestens fünf Jahren verhängt; handelt es sich um einen besonders schwerwiegenden Fall, wird auf lebenslange Gefängnisstrafe oder auf Todesstrafe erkannt." (siehe C.a., Juli 1979, S.823).

Der eigentliche Grund des implizit beantragten Vorgehens gegen den stellvertretenden KP-Vorsitzenden liegt freilich nicht so sehr in der Errichtung des 12 Millionen-Palastes zu Wangs Privatzwecken aus staatlichen Mitteln, sondern darin, daß der frühere Leibwächter Maos ein standhafter Verfechter der unseligen Links-Ideologie seines früheren Herrn ist: Wang gilt als der Kopf der maoistischen Dogmatiker, der sogenannten "fanshi pai", deren politisches Motto lautet: "Alle (fanshi) politischen Entscheidungen des Vorsitzenden Mao verteidigen wir entschlossen, alle Weisungen des Vorsitzenden Mao befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen" (siehe auch C.a., Mai 1979, Ü25). Wang Dongxing ist daher ein entscheidender Gegner der Politik Deng Xiaopings, die er sowohl auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 als auch auf der Arbeitskonferenz des Zentralkomitees im April dieses Jahres scharf angegriffen hat (siehe auch C.a., Mai 1979, Ü24). Neben seiner Gegnerschaft zur neuen Politik wird ihm zum Vorwurf gemacht, er habe absichtlich fälschlicherweise acht alte Funktionäre als "Verräter" (pantu) denunziert und verfolgt. Schließlich wird Wang bezichtigt, einen alten Kameraden des Parteimitbegründers Li Dazhao, das KPCh-Mitglied Zhang Kai, verfolgt und in den Tod getrieben zu haben. (Zhengming, Nr.22, 1.8.79, S.7).

Die gegen den stellvertretenden KPCh-Vorsitzenden Wang Dongxing vorgebrachten Vorwürfe sind so schwerwiegend, daß ein politisches Überleben von Wang auf Dauer nicht denkbar erscheint. Allein schon, um die Glaubwürdigkeit ihrer Anstrengungen im Zusammenhang mit der seit April laufenden Anti-Privilegien-Kampagne nicht zu untergraben, dürfte die chinesische Partei- und Staatsführung gezwungen sein, Wang Dongxing endgültig fallen zu lassen. Die 4. Plenartagung des XI. Zentralkomitees, die aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten nicht mehr vor der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses stattfinden konnte, könnte hierfür die nächste passende Gelegenheit sein

4. Ablösung von Chen Yonggui und Ji Dengkui als stellvertretende Ministerpräsidenten

Dieser Antrag wurde ebenfalls von zahlreichen PKCV- und NVK-Delegierten und Delegiertengruppen gestellt, weil der Modellbauer aus Dazhai, Chen Yonggui, und der kulturevolutionäre Karrierist Ji Dengkui (wie Chen Mitglied des Politbüros der KPCh) als "Viererbande"-Jünger gelten, und darüber hinaus als unqualifiziert betrachtet werden. Daß diese Anträge auf der 2. NVK-Tagung nicht durchkamen, zeigt, wie stark die Widerstände gegen eine völlige personalpolitische Durchsetzung der Deng-Fraktion sind. Auf der 1. Tagung des V. NVK im März 1978 waren immerhin Li Suwen (f) und Yao Lianwei nicht mehr zu stellvertretenden Vorsitzenden des NVK gewählt worden, und Frau Wu Guixian, die wie Li und Yao ebenfalls zum weiteren Kreis der "Viererbande" zählte, war als stellvertretende Ministerpräsidentin abgelöst worden. Ein politisches Überleben von Chen Yonggui und Ji Dengkui auf Dauer kann jedoch ausgeschlossen werden.

5. Verzicht auf Dazhai und Daqing als Modelle für landwirtschaftliche und industrielle Betriebe

Dieser Antrag ist in der Praxis bereits weitgehend verwirklicht worden. Vor allem Dazhai findet in der chinesischen Presse kaum noch Erwähnung (siehe u.a. C.a., Juli 1979, S. 829-830; Dongxiang, Nr.6, 16.4.79, S.24-26; Zhengming, Nr.21, 1.7.79, S.61).

6. Wiederaufnahme des Falls Liu Shaoqi

Dieser Antrag zielt zweifellos auf eine Rehabilitierung Liu Shaoqis ab, die innerparteilich bereits seit langem heiß diskutiert wird und auf die die chinesische Bevölkerung bereits seit längerem von den Massenmedien vorbereitet wird (siehe C.a., März 1979, Ü10).

Daß Liu Shaoqi voll rehabilitiert werden wird, daran besteht kein Zweifel, denn mittlerweile sind praktisch alle während der Kulturrevolution gegen Liu erhobenen Vorwürfe - teilweise ohne Namensnennung - zurückgenommen worden (siehe RMRB, 14.12.78; 26.2.79; 3.3.79; 13.3.79; Lishi Yanjiu, 1979, Nr.4; 1979, Nr.7). Die offizielle Bekanntmachung der Rehabilitierung von Liu Shaoqi ist nur noch eine Frage von wenigen Monaten, wenn nicht sogar Wochen.

7. Rehabilitierung des fälschlicherweise der Spionage bezichtigten früheren zweiten Schanghai Bürgermeisters Pan Hannian

Pan Hannian, Jahrgang 1905, zählt zu der alten Garde der chinesischen Kommunisten. Aus einer Bauernfamilie stammend, nahm Pan am Nordfeldzug im Jahre 1926 teil. Später schloß er sich den kommunistischen Truppen im Jiangxi-Soviet an. Nach einem Studienaufenthalt in Moskau wurde Pan Hannian im Januar/Februar 1934 in das Zentrale Exekutivkomitee des Jiangxi-Soviet gewählt. Nach der Aufgabe des Soviet-Gebiets ging Pan mit den Truppen der Roten Armee nach Yan'an. Im März 1949 wurde er zum 2. Bürgermeister von Schanghai ernannt und später zusätzlich zum 3. KPCh-Sekretär von Schanghai bestimmt. 1955 wurde Pan unter der falschen Anschuldigung der Spionage verhaftet und als "Konterrevolutionär" ins Gefängnis geworfen. Seitdem

hatte man von Pan nichts mehr gehört.

Angaben der kommunistischen Hongkonger Zeitschrift Zhengming zufolge soll Pan Hannian parteiintern bereits rehabilitiert worden sein (Zhengming, Nr.22, 1.8.79, S.6).

Der mit ihm gestürzte Direktor des Schanghaier Amtes für öffentliche Sicherheit, Yang Fang, soll sogar bereits aus dem Gefängnis entlassen worden sein (ebd.).

8. Einrichtung einer Gedenkhalle für Zhou Enlai

Der Inhalt dieses Antrags, der von zahlreichen NVK-Delegierten gestellt wurde, wird bereits seit Beginn dieses Jahres in Partei- und Regierungskreisen diskutiert, ohne daß bisher eine endgültige Entscheidung gefallen ist (siehe C.a., März 1979, Ü12; C.a., Mai 1979, Ü26).

Diese acht Forderungen, die das Thema zahlreicher Anträge von PKCV- und NVK-Delegierten waren, betrafen teilweise brisante politische Probleme, über deren Lösung innerhalb von Partei und Staat kontroverse Meinungen existieren. Die Tatsache, daß heikle Fragen auf den Tagungen der PKCV und des NVK aufgeworfen und kontrovers diskutiert wurden (wenn auch ohne - sofortiges - Ergebnis), bedeutet zweifellos ohne einen erheblichen Fortschritt im politischen Leben der Volksrepublik China im Vergleich zu den kulturevolutionären Jahren der politischen Eingleichung und des politischen Terrors.

Für nicht der chinesischen Schrift mächtige und "schnelle" Leser sei abschließend darauf hingewiesen, daß bereits folgende Dokumente der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses in deutscher Sprache zugänglich sind:

- Hua Guofeng, "Bericht über die Tätigkeit der Regierung" (BRu, 1979, Nr.27)
- Peng Zhen, "Erläuterungen zu den sieben Gesetzesvorlagen" (BRu, 1979, Nr.28)
- Yu Qiuli, "Anordnungen für den Volkswirtschaftsplan 1979" (Es handelt sich hierbei um den 2. Teil seines "Berichts über den Entwurf des Volkswirtschaftsplans für 1979") (BRu, 1979, Nr.29)
- Zhang Jingfu, "Bericht über die Haushaltsbilanz 1978 und den Haushaltsplan 1979 (Entwurf)" (BRu, 1979, Nr.29)
- Gesetz der Volksrepublik China über Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischer und ausländischer Investitionsbeteiligung (BRu, 1979, Nr.29; C.a., Juli 1979)
- Strafgesetzbuch der Volksrepublik China (C.a., Juli 1979)

Darüber hinaus liegt auch Deng Xiaopings "Eröffnungsrede auf der 2. Tagung des V. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes in deutscher Sprache vor (BRu, 1979, Nr.25). Eine Übersetzung der Strafprozeßordnung der Volksrepublik China wird CHINA aktuell im September-Heft abdrucken. Einen längeren Artikel zur 2. Tagung des V. NVK brachte CHINA aktuell in Juni-Heft.

-sch-

(12) **"Deng will in Pension gehen"**
- über die Entstehung eines Gerüchts
und seine möglichen Hintergründe

Anfang Juli dieses Jahres ging die Meldung durch die Weltpresse, daß sich Deng Xiaoping vom politischen Geschäft zurückziehen wolle. So berichtete DIE WELT am 9.7.79 unter Berufung auf die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press: "Chinas stellvertretender Ministerpräsident Deng Xiaoping denkt an seine Pensionierung. Dies berichteten Korrespondenten zweier philippinischer Tageszeitungen, die die Frau von Präsident Markos auf einer China-reise begleiteten. Sie hätten Deng gefragt, ob er zu einem Besuch nach Manila kommen werde. Er habe verneint und gesagt, er glaube, alle Missionen im Ausland erfüllt zu haben. Im übrigen sei er jetzt 75 Jahre alt und wolle sobald wie möglich in den Ruhestand treten."

Dies war freilich nur der Vorspann einer weit ausführlicheren Meldung von AP aus Manila vom 8.7.79. In der Meldung selbst war dann auch der Wortlaut des Satzes vollständig zitiert, mit dem Deng angeblich seine Rücktrittsabsichten geäußert hatte: "Ich hoffe, sobald wie möglich in den Ruhestand zu treten; ob das allerdings genehmigt werden wird, ist eine andere Sache." Da das Zentralkomitee der KPCh einem solchen Wunsch nie und nimmer zugestimmt hätte und auch jetzt nicht zustimmen würde, war für den Kenner der chinesischen Innenpolitik klar, daß es sich bei dieser Äußerung Dengs nicht um eine Rücktrittsankündigung handeln konnte. Darüber hinaus hätte Deng in einem solchen Fall auch eine andere Formulierung gebraucht, nämlich z.B.: "Ich habe bereits um die Genehmigung gebeten, so bald wie möglich pensioniert zu werden." Und schließlich bestand und besteht für Deng kein ersichtlicher politischer Grund, so bald wie möglich ein Pensionärsdasein zu führen: Erstens gelang es ihm und seinen politischen Freunden, sich sowohl auf der 3. Plenartagung des Zentralkomitees im Dezember letzten Jahres als auch auf der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses im vergangenen Juni mit ihren politischen und personellen Vorstellungen durchzusetzen, und zweitens stehen noch erhebliche Probleme, wie z.B. die Durchsetzung der neuen Politik auf der mittleren und unteren Funktionärssebene, an, deren Lösung ohne Mitwirkung Deng Xiaopings nur schwer erreichbar erscheint.

Wurde die Meldung von der angeblichen Amtsmüdigkeit Deng Xiaopings von den westlichen Medien nicht weiter verfolgt, so löste diese Nachricht in China die Entstehung des Gerüchts "Deng will in Pension gehen" aus, das sich offenbar sehr schnell im ganzen Land verbreitete. Die der KPCh sehr nahe-stehende Hongkonger Zeitschrift Dongxiang (Der Trend) sah sich daraufhin veranlaßt, in ihrer August-Ausgabe (Nr.11 v.16.8.79) einen dreiseitigen Artikel über die Hintergründe der Entstehung dieses Gerüchtes abzdrukken. Darin berichtete der Autor u.a., daß dieses Gerücht bei den Bürgern den Eindruck vermittelt habe, Deng Xiaopings Position sei nicht stabil. Der Dongxiang-Journalist äußerte darüber hinaus die Vermutung, daß dieses Gerücht von Dengs linken Gegnern innerhalb der Partei lanciert worden sei, um Deng zu diskreditieren und unter der Bevölkerung Unsicherheit über die künftige politische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas aufkommen zu lassen. Dabei sei die Äußerung Dengs lediglich eine diplomatische Wendung gewesen, um die von ihm geäußerte Ablehnung eines Besuches auf den Philippinen etwas

gefälliger klingen zu lassen.

Eine andere Ansicht vertraten nicht-offizielle chinesische Gesprächspartner eines Mitglieds des Instituts für Asienkunde, das sich im Juli und August in Peking aufhielt und dort ebenfalls die Existenz des Gerüchtes über die bevorstehende Pensionierung Deng Xiaopings konstatieren konnte: Dengs besagte Äußerung - so die chinesischen 'China-watcher' - sei vielmehr an die Adresse seiner maoistischen Feinde und jener gerichtet gewesen, die ständig an ihm herummäkelten und ihm Knüppel zwischen die Beine werfen würden, wenn es um die konkrete Durchsetzung seiner Politik ginge. Deng sei ziemlich frustriert über die mittlere Kaderschicht, die sich in vielen Bereichen immer noch der bereits beschlossenen neuen Politik widersetze - deshalb habe Deng seinem Herzen Luft machen und ein deutliches Zeichen setzen wollen. An einen Rückzug von der politischen Bühne habe der alte Fuchs Deng natürlich nicht eine Sekunde gedacht - der zweite Teil der Dengschen Äußerung, "ob das allerdings genehmigt werden wird, ist eine andere Sache", zeige dies deutlich genug. Diese Passage sei jedoch in dem Gerücht nicht enthalten gewesen, so daß es bei einigen Leuten doch etwas Verwirrung gegeben habe. Soweit die nicht-offiziellen Stimmen aus Peking.

Ganz gleich nun, von wem und mit welchen Intentionen das Gerücht von der bevorstehenden Pensionierung Deng Xiaopings ausgestreut wurde, so hat es wahrscheinlich einen Zweck erfüllt: den chinesischen Bürgern dürfte erneut in Erinnerung gerufen worden sein, wo sie heute noch stünden, wenn Deng und seine Fraktion nicht gewesen wären.

- sch -

(13) **Unruhen und Sabotageakte auf der**
Insel Hainan

Berichten offizieller Medien aus Hainan zufolge ist es im Juli an einigen Orten auf dieser Insel zu schwerwiegenden Sabotageakten und sozialen Unruhen gekommen. In einer Sendung von Radio Hainan vom 2.8.79 hieß es: "Am 8. Juli dieses Jahres gab sich im Kreis Tunchang eine kleine Zahl von schlechten Leuten, die dem Sozialismus und der Diktatur des Proletariats feindlich gesinnt waren, als demobilisierte Soldaten aus, versammelte eine Anzahl von nichtsahnenden Leuten, hetzte sie auf und inszenierte den schwerwiegenden 'Zwischenfall vom 8. Juli', in dessen Verlauf es zu Schlägereien, Zerstörungen und Plünderungen kam. Die soziale Ordnung, die Produktion und die Arbeit wurden dadurch schwerwiegend gestört... Es handelte sich hierbei um einen ersten politischen Zwischenfall" (nach SWB, 11.8.79). Wie Radio Hainan weiter berichtete, wurden nach diesen Unruhen mehrere Personen verhaftet. Zwei der Verhafteten, namens Wang Ningguang und Wang Dingji, wurden als Anführer der Unruhen bereits am 31.8. vom Volksgerichtshof des Kreises Tunchang zu einer Gefängnisstrafe von 10 bzw. 2 Jahren verurteilt.

Wesentlich detaillierter war der Bericht, den Radio Guangdong am 17.8.79 von dem "Zwischenfall vom 8. Juli" gab: "Unter dem Vorwand, 'eine Audienz bei der übergeordneten Behörde mit dem Ziel der Bitte um Hilfe zu erlangen', brachten einige individuelle Übeltäter im Kreis Tunchang auf der Insel Hainan über 300 nichtsahnende Leute in der Kreisstadt zusammen und wiegelten sie auf. Sie mißachteten Ermahnungen und besetzten gewaltsam die Rundfunkstation des Kreises. Unter Einsatz von Gewalt

verbreiteten sie dort aufrührerische Propaganda über den Rundfunk. Zur gleichen Zeit griffen sie die Partei- und Regierungsorgane des Kreises an und zerstörten das Hauptbüro, das Sicherheitsbüro und den Konferenzraum des Kreiskomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Sie drangen in sieben Räume des Gästehauses des Kreises ein und begingen dort Schlägereien, Zerstörungen und Plünderungen. Sie hetzten einige Leute dazu auf, in das Volksrestaurant und in die Sanba-Gaststätte einzudringen, wo sie Lebensmittel stahlen und Waren beschädigten. Sie durchsuchten illegal das Haus des Hauptverantwortlichen (gemeint ist wahrscheinlich der erste Parteisekretär) des Kreiskomitees der Kommunistischen Partei Chinas und konfiszierten illegal dessen Besitz. Während des Zwischenfalls, der von Schlägereien, Zerstörungen und Plünderungen gekennzeichnet war, stahlen sie große Mengen an Staats- und Privateigentum, inklusive offizielle Siegel, Dokumente, Papiere und Akten, und zerstörten so schwerwiegend die normale gesellschaftliche Ordnung sowie die Produktion und die Arbeit und beeinträchtigten die allgemeine Situation von Stabilität und Einheit" (nach SWB, 24.8.79). Dieser Bericht von Radio Guangdong macht deutlich, daß es sich bei den Unruhen vom 8.7.79 um Aktionen gegen die lokale Organisation der Kommunistischen Partei Chinas handelte.

Bereits am 26.7.79 hatte die Hainan Ribao (Hainan-Tageszeitung) in einem Leitartikel von Sabotageakten "an bestimmten Orten" auf der Insel berichtet (nach SWB, 4.8.79). Eine "kleine Zahl von schlechten Leuten" habe auf diese Weise die gesellschaftliche Ordnung an einigen Orten "schwerwiegend gestört". Diese Sabotageakte stellten - so die Zeitung - ein "nach wie vor großes Hindernis bei der Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes" (von der Kampagne gegen die "Viererbande" auf die Verwirklichung der Vier Modernisierungen) dar. Dem Problem der Sabotageakte müsse "eine sehr große Bedeutung"(!) beigegeben werden. Die Leser wurden aufgefordert, alle Faktoren von Instabilität auszuschalten, zu gewährleisten, daß der Arbeitsschwerpunkt der Parteikomitees aller Ebenen möglichst schnell auf Produktion und Aufbau verlagert werden könne, und dafür zu kämpfen, daß die Pläne für die landwirtschaftliche Produktion dieses Jahres erfüllt und übererfüllt würden - eine Forderung, die bedeuten könnte, daß die Versorgungslage in Hainan zu wünschen übrig läßt und daß dies vielleicht den eigentlichen Grund für die erwähnten Unruhen darstellt.

Nach Ansicht der Hainan Ribao vom 26.7.79 müssen folgende Schritte gegen die Unterminierung von "Stabilität und Einheit" unternommen werden:

1. Propagierung und Verwirklichung des Geistes der 2. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses und der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees (siehe hierzu C.a., Juni 1979).

2. Korrekte Durchführung des Klassenkampfes und resolute Zerschlagung der Sabotage-Aktivitäten aller schlechten Leute. Propagierung der Prinzipien sozialistischer Demokratie und des sozialistischen Rechtssystems, "damit die Massen lernen, korrekt ihre demokratischen Rechte anzuwenden und von selbst das sozialistische Rechtssystem aufrechtzuerhalten".

3. Stärkung der Parteiorganisationen an der Basis in den ländlichen Gebieten und Stärkung der Organisationen des Kommunistischen Jugendverbands, der

Miliz und des Frauenverbands (nach SWB, 4.8.79).

In einem Kommentar der Nanfang Ribao (Tageszeitung des Südens), die in Kanton erscheint, hieß es am 18. August unter der Überschrift "Wir werden niemals Straftaten wie Schlägerei, Zerstörung und Plünderung tolerieren", daß die Vorgänge im Kreis Tunchang auf Hainan Verstöße gegen die Verfassung und das Strafgesetzbuch darstellten. Es ginge nicht an, daß man unter dem Vorwand der "Bitte um Hilfe" Leute aufhetze und Unruhen schüre. Jeder, der anderer Meinung sei oder Forderungen habe, solle sich über die ordnungsgemäßen Kanäle an die Partei- und Regierungsorgane wenden. Freilich müßten auch die Parteiorgane ihr Ohr der Stimme des Volkes öffnen und ihren Arbeitsstil verbessern.

Die Vorgänge im Kreis Tunchang jedoch seien durch nichts mehr zu rechtfertigen: "Jeder, der sich auf Schlägereien, Zerstörungen und Plünderungen einläßt, wird nach den Gesetzen bestraft werden!" (nach SWB, 29.8.79)

-sch-

(14) Verschiedene Änderungen in der Verwaltungsgliederung Chinas

Der chinesisch-sprachige Dienst der Nachrichtagentur Xinhua gab am 11.8.79 bekannt, daß der Staatsrat (Regierung) der Volksrepublik China im ersten Halbjahr dieses Jahres insgesamt acht Änderungen in der Verwaltungseinteilung Chinas auf und oberhalb der Kreisebene beschlossen hat (nach SWB, 14.8.79). Im einzelnen handelt es sich um folgende administrative Neugliederungen:

1. AUTONOMES GEBIET INNERE MONGOLEI: Wiederherstellung des Verwaltungsgebiets und der Verwaltungseinteilung aus dem Jahre 1969 (siehe hierzu ausführlich C.a., Juli 1979, Ü 19).

2. PROVINZ HEILONGJIANG: Der Bezirk (diqu) Mudanjiang wurde aufgelöst. Die Stadt Mudanjiang, die zuvor dem Bezirk Mudanjiang unterstand, ist nun direkt der Provinz Heilongjiang untergeordnet. Die Kreise Hailin, Ning'an, Muling, Dongning und Linkou sowie die Stadt Suifenhe unterstehen nun der Stadt Mudanjiang, während die drei Kreise Jidong, Mishan und Hulin der Stadt Jixi zugeordnet wurden.

3. AUTONOMES GEBIET XINJIANG DER UIGHUREN:

Im Autonomen Bezirk Bayingolin der Mongolen entstand verwaltungsmäßig die Stadt Korla, deren Verwaltungsgebiet sich auf einen Teil jener Gebiete erstreckt, die früher dem Kreis Korla und dem Autonomen Kreis Yanqi der Hui-Nationalität unterstanden.

4. PROVINZ JIANGXI: Die Kleinstadt (zhen) Yingtan wurde zur Stadt erklärt und untersteht nun mit unverändertem Verwaltungsgebiet dem Bezirk Shangrao.

Darüber hinaus erhielt der Bezirk Jinggangshan seinen alten Namen Ji'an zurück. Während der Kulturrevolution war dieser Bezirk in Anlehnung daran, daß sich das Hauptstützpunktgebiet der Roten Armee unter Mao Zedong Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre im Jinggangshan-Begirge befand, umbenannt worden.

5. PROVINZ HUNAN:

Die Stadt Huaihua wurde geschaffen, die sich aus der Kleinstadt Huaihua (früherer Name: Yushuwan) und der Gemeinde Yingkou zusammensetzt, die beide früher dem Kreis Huaihua unterstanden. Die Stadt Huaihua untersteht jetzt direkt dem Bezirk Qianyang.

6. PROVINZ GUANGDONG:

Der Kreis Baoan wurde aufgelöst und stattdessen die Stadt Shenzhen geschaffen. Das Verwaltungsgebiet bleibt gleich. Die Stadt Shenzhen untersteht jedoch jetzt direkt der Provinz Guangdong.

7. PROVINZ GUANGDONG:

Der Kreis Zhuhai wurde aufgelöst und stattdessen die Stadt Zhuhai geschaffen. Das Verwaltungsgebiet bleibt gleich. Die Stadt Zhuhai untersteht jedoch jetzt direkt der Provinz Guangdong.

8. PROVINZ YUNNAN:

Der Kreis Xundian wurde zum Autonomen Kreis Xundian der Hui- und Yi-Nationalität erklärt.

- sch -

(14a) Endgültige Rehabilitierung von Deng Tuo, Wu Han und Liao Mosha

Nachdem das Pekinger Parteikomitee bereits zu Jahresbeginn 1979 die sog. "Dreifamiliendorf-Antiparteiclique" rehabilitiert hatte (vgl. C.a., Febr.1979, Ü30), zog jetzt auch das ZK der KPCh nach und billigte diesen Beschluß. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Liao Mosha seine früheren Funktionen wieder erhalten soll und für Deng Tuo und Wu Han eine postume Trauerfeier abgehalten werden soll (RMRB, 3.8.1979). Damit scheint der gute Ruf der drei Autoren der "Notizen aus dem Dreifamiliendorf", Deng Tuo, Wu Han und Liao Mosha, restlos wiederhergestellt und der seit Monaten in Gang befindliche schrittweise Rehabilitierungsprozeß endgültig abgeschlossen zu sein (vgl. B. Staiger, "Wu Han rehabilitiert", C.a., Jan.1979, S. 44-48). Ihren ersten Niederschlag hat die vorbehaltlose Wiedergutmachung bereits in mehreren Neuauflagen gefunden: Von Wu Han erschienen kürzlich die Biographie über den Ming-Gründer Zhu Yuanzhang und eine Aufsatzsammlung, von Deng Tuo Aufsätze über Probleme der chinesischen Geschichte und eine Gedichtsammlung (RMRB, 20.8.1979).

- st -

(15) Rehabilitierung von Zhang Wentian

Am 25. August fand in Peking eine Gedächtnisfeier für den am 1.7.1976 verstorbenen Zhang Wentian statt. Dieser kommt insofern besondere Bedeutung zu, weil an ihr nicht weniger als 18 Politbüromitglieder einschließlich des Parteivorsitzenden Hua Guofeng teilgenommen haben und Deng Xiaoping die Gedächtnisrede hielt.

Zhang hatte von 1927 bis 1930 in Moskau in der Komintern gearbeitet. Bis 1933 verfolgte er entsprechend den Weisungen der Komintern, als deren wichtigster Mann in China er galt, deren Linie, nach der die Revolution im städtischen Proletariat anzusetzen war. Nach dem Scheitern dieser Politik mußte er Ende 1933 in den Jiangxi-Sovjet gehen, der von Mao Zedong aufgebaut worden war. Bereits 1931 ins Politbüro gewählt, verdrängte er 1934 Mao von dem Posten des Vorsitzenden des Zentralen Volksregie-

rungsrates dieses Sovjets. Erst auf der Zunyi-Konferenz zu Beginn des Langen Marsches (Januar 1935) kam es zu einem Vergleich zwischen Zhang und Mao: Mao übernahm den Parteivorsitz, Zhang wurde Generalsekretär der Partei. Mao hat es danach verstanden, seinen einstigen Widersacher von einflußreichen Stellungen fernzuhalten, obwohl er doch auch 1945 vom 7. Parteitag wieder als Mitglied des Politbüros bestätigt wurde. 1949 wurde er in ehrenvoller Kaltstellung der erste Botschafter der VR China in Moskau. Diesen Posten bekleidete er bis 1955 und wurde anschließend stellvertretender Außenminister - ein nicht eben hoher Posten für ein Politbüromitglied. 1956 stufte ihn der 8. Parteitag zum Kandidaten des Politbüros hinab. 1959 verschwand er aus dem öffentlichen Leben, um noch einmal 1961 bei einem wichtigen Anlaß zum letzten Mal zu erscheinen. In der Gedenkrede von Deng Xiaoping heißt es hierzu: "Ab 1959 widmete sich Zhang Wentian theoretischen Studien über den sozialistischen Wirtschaftsaufbau." Auch die nachträgliche Ehrenrettung Deng Xiaopings für Zhang verschweigt die Gründe für seine Ausschaltung.

- ba -

(16) 100 Millionen chinesische Buddhisten, aber ein veränderter Buddhismus

Der Präsident der 1953 gegründeten "Buddhistischen Gesellschaft Chinas" (Zhongguo Guojiao Xiehui), Zhao Puchu, gab am 16.8. während einer Pressekonferenz im Pekinger Guanji-Tempel u.a. bekannt, daß es gegenwärtig noch etwa 100 Mio. Buddhisten in China gebe (AFP, 16.8.79, nach SWB, 21.8.79). Dies bedeutet, daß immerhin noch 10 % der chinesischen Bevölkerung buddhistischen Glaubens sind. Die Zahl der buddhistischen Mönche, Lamas und Nonnen sei allerdings, so Zhao Puchu, seit den 50er Jahren erheblich zurückgegangen. Noch im Jahre 1930 hatte es über 700.000 buddhistische Geistliche in China gegeben, deren Zahl bis zu Beginn der 50er Jahre auf 500.000 zurückgegangen war. Viele Mönche, die während der Kulturrevolution aus ihren Klöstern verjagt worden seien, kehrten jetzt zurück, erklärte Zhao Puchu. Allein in Peking gebe es jetzt circa 100 Mönche der verschiedensten buddhistischen Sekten. Allerdings seien nur zwei der insgesamt sechs buddhistischen Tempel und Klöster in Peking für die Gläubigen geöffnet, die restlichen vier würden gegenwärtig repariert.

Zhao Puchu, der Ende August an der Spitze einer chinesischen Delegation zur Teilnahme an der World Conference on Religion and Peace in Princeton (USA) aufbrach, berichtete weiter, daß er zusammen mit dem Panchen Lama die Aufnahme des Artikel 147 in das am 1. Juli 1979 verabschiedete Strafgesetzbuch der Volksrepublik China veranlaßt habe. Darin heißt es u.a.: "Wer als staatlicher Funktionär widerrechtlich einem Bürger die korrekt wahrgenommene Freiheit des religiösen Bekenntnisses entzieht..., wird in schwerwiegenden Fällen mit Gefängnis oder Gewahrsam bis zu zwei Jahren bestraft." (Siehe C.a., Juli 1979, S.822.) "Korrekt" sind religiöse Glaubensbekenntnisse allerdings nur dann, wenn sie nicht die Produktion und die öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinträchtigen (siehe C.a., Juni 1979, S.699).

Schließlich vertrat Zhao Puchu auf seiner Pressekonferenz vom 16.8. die Ansicht, daß es angesichts der veränderten Bedingungen für die Religionen in

China unmöglich sei, "daß der Buddhismus unverändert bleibt" (AFP, 16.8.79, nach SWB, 21.8.79). Wie dieser veränderte Buddhismus aussieht, konnte eine größere Journalistengruppe, die im Juli Tibet besuchte, in Augenschein nehmen: Seit 1959 ist in ganz Tibet niemand mehr Mönch geworden, und nach offiziellen Angaben gibt es dort heute weniger Mönche als früher Klöster. Der Oberbonze des Jokhang-Tempels in Lhasa hält - ebenso wie der frühere Generalsekretär des Dalai Lama - "den Atheismus für die Wahrheit" und Neukarnationen Buddhas für unmöglich. Zwölf sogenannte "lebende Buddhas" sind Abgeordnete im tibetischen Volkskongreß und der Auffassung, daß "der Materialismus über die Religion triumphieren wird" (FAZ, 25.7.79). Bei soviel atheistischem Gedankengut unter den Lamas nimmt es kaum Wunder, wenn der ehemalige Generalsekretär des Dalai Lama ausländischen Journalisten gegenüber wörtlich erklärt: "Wenn Tibet Fortschritt will, muß es die Religion aufgeben." (FAZ, 20.7.79).

Nicht aufgegeben wird hingegen die Pflege einiger berühmter buddhistischer Baudenkmäler. Nach der Phase kulturevolutionärer Zerstörung läßt es sich die chinesische Regierung neuerdings einiges kosten, um die äußere Hülle des chinesischen Buddhismus sorgfältig zu konservieren. Kulturhistorische, religionswissenschaftliche und touristische Interessen und die wiederaufgenommene Einheitsfrontpolitik haben bei der Einführung dieser Politik sicherlich Pate gestanden.

Da in der Volksrepublik China religiöse Propaganda bzw. missionarische Tätigkeit in der Praxis verboten sind und auch von der Verfassung nicht garantiert werden, haben die Geistlichen einen bedeutenden Aufgabenbereich verloren. Neue Aufgaben sind ihnen stattdessen zugewiesen worden. So arbeiten einige buddhistische Mönche auf dem Berg Wutai in der Provinz Shanxi nun auch als Fremdenführer (XNA, 18.8.79). Mangels Touristen lesen die Lamas in Tibet neben den heiligen Schriften derzeit noch die Parteirichtlinien und die Werke von Marx und Lenin (FAZ, 25.7.79). So werden vielleicht in nicht ferner Zukunft in den marxistisch-leninistischen Klassikern bewanderte buddhistische Mönche als Fremdenführer und Touristenattraktion das Bild des schon jetzt stark veränderten chinesischen Buddhismus bestimmen.

Was freilich von der KPCh und der chinesischen Regierung bereits unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten behandelt wird, dürfte nach wie vor von vielen der 100 Millionen chinesischen Buddhisten als ihre eigene lebendige Religion angesehen und mit festem Glauben daran ausgeübt werden. Diese Glaubens- und Bekenntnisfreiheit ist - und dies stellt den positiven Aspekt der neuen Religionspolitik dar (siehe hierzu P. Schier, "Rückkehr zur Religionspolitik der ersten 17 Jahre der Volksrepublik China", in: C.a., Juni 1979, S.697-700) - nach den Jahren des antireligiösen Terrors der Kulturrevolution nun verfassungsmäßig garantiert (seit März 1978) und auch im neuen Strafgesetzbuch ausdrücklich geschützt.

- sch -

(17) Nullwachstum der Bevölkerung angestrebt

Die Kontrolle der Bevölkerungszunahme mit dem Ziel eines Nullwachstums bis zum Ende des Jahrhunderts wurde von der stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidentin Chen Muhua in der Volkszeitung vom 11.8.79 herausgestellt.

Sie sagt dort:

"Die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft soll es eigentlich möglich machen, den planmäßigen Fortschritt der Selbstproduktion des menschlichen Geschlechts auszugleichen, so daß sich das Bevölkerungswachstum dem Wachstum der materiellen Güter anpaßt."

Für die volkswirtschaftlichen Kosten, Kinder aufzuziehen, macht sie folgende Rechnung auf:

"Um ein Kind bis zum Alter von sechzehn Jahren aufzuziehen, kostet es laut Schätzungen in China 1.600 Yuan in ländlichen Gebieten, 4.800 Yuan in kleinen und mittelgroßen Städten und soviel wie 6.900 Yuan in großen Städten. Gemessen an diesem Standard sind ungefähr 1.000 Mrd. Yuan vom Staat, von Kollektiven und Einzelfamilien für die 600 Mio. Menschen ausgegeben worden, die seit der Befreiung geboren worden sind. Dies beträgt ca. 30% des Nationaleinkommens der dreißig Jahre seit der Befreiung."

- ga -

(18) "China im Bild" berichtet über das Leben der kaiserlichen Familie

Die Zeitschrift "China im Bild" (chin. Titel: Renmin Huabao), die außer in Chinesisch auch noch in 20 anderen Sprachen erscheint, veröffentlichte in ihrer August-Ausgabe einen Artikel des jüngeren Bruders des letzten Kaisers von China, Aisin-Gioro Pu Jie, mit dem Titel "Ich und meine Familie". Dies ist das erste Mal seit Beginn der Kulturrevolution, daß der chinesische und ausländische Leser etwas über Schicksal und Leben der kaiserlichen Familie erfährt.

Pu Yi, der letzte Kaiser von China, wurde im Jahre 1909 im Alter von drei Jahren auf den Thron gesetzt, doch keine drei Jahre später zwang ihn die Revolution von 1911 zur "Abdankung". 1932 ließ sich Pu Yi von den Japanern zum Kaiser ihrer Marionettenregierung von "Manchuguo" küren. Sein Bruder Pu Jie wurde später sein Adjutant im Range eines Oberstleutnants. Nach der Kapitulation Japans wurden Pu Yi und Pu Jie als Kriegsverbrecher verhaftet und erst 1959 bzw. 1960 durch eine Sonderamnestie auf freien Fuß gesetzt. Danach arbeitete Kaiser Pu Yi bis zu seinem Tod an Nierenkrebs im Jahre 1967 als Gärtner in seinem alten Palast, während Pu Jie Sondermitglied der Forschungskommission für literarische und historische Materialien bei der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) wurde, wo er trotz seiner 72 Jahre bis heute zweimal in der Woche mit der Sammlung und Klassifizierung von Materialien über die Gegenwartsgeschichte beschäftigt ist.

Vom Blutbad der Kulturrevolution scheint die kaiserliche Familie verschont geblieben zu sein: der jüngste Bruder von Pu Jie und 6 Schwestern leben noch und sind teilweise noch beruflich tätig. Der Tod Mao Zedongs und der Sturz seiner "Viererbande" brachte im Rahmen der Wiederaufnahme der Einheitsfrontpolitik der 50er Jahre sogar eine politische Aufwertung der kaiserlichen Familie: Pu Jie wurde 1978 zum Delegierten beim V. Nationalen Volkskongreß gewählt und durfte jetzt einen unter der chinesischen Bevölkerung vielbeachteten Artikel über seine Familie veröffentlichen. Auch sein älterer Bruder Pu Yi, der letzte Kaiser von China, kam wieder zu posthumer Ehren: Seine Autobiographie "From Emperor to Citizen" (chin. Titel: Die erste

Hälfte meines Lebens), zum ersten Mal 1964 erschienen, wurde in China neu aufgelegt - vorerst allerdings nur in englischer Sprache.

- sch -

VERTEIDIGUNG

(19) Führung des Militär-Bezirks Peking unter Beschuß?

Seit langem ist die Rede davon, daß die Position des Kommandeurs des Militär-Bezirks Peking, Chen Xilian, angeschlagen sei. Tatsächlich aber tritt Chen noch immer bei prominenten Anlässen in der Öffentlichkeit auf, zuletzt am 25. August 1979. Auch wurde er noch im Mai dieses Jahres auf seinem Posten als Kommandeur des Militär-Bezirks genannt. Das spricht für seine ungeminderte Position.

Umso auffallender ist daher das Verschwinden seiner neun Stellvertreter im Militär-Bezirk, die durchweg seit mehr als einem halben Jahr nicht mehr aufgetreten sind:

Mil.-Bez. Peking		zuletzt aufgetreten
Kommandeur:	Chen Xilian	79/ 8
1. stellv. Kommandeur:	Fu Chongbi	78/12
stellv. Kommandeure:	Kang Lin	79/ 2
	Li Zhongxuan	78/11
	Liu Haiqing	79/ 1
	Ma Weihua	78/12
	Wang Yang	78/12
	Wu Xianen	78/ 8
	Xiao Xuanjin	78/12
	You Taizhong	79/ 2

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Absetzung der neun Stellvertreter Chens unmittelbar nach der im November 1978 erfolgten Einsetzung von Qin Jiwei als 1. Politikommissar des Militär-Bezirks erfolgte. Qin war vor der Kulturrevolution Kommandeur des Militär-Bezirks Kunming und danach von 1974 bis 1975 Kommandeur des Militär-Bezirks Chengdu. Sowohl er als auch Chen Xilian sind aus der von Liu Bocheng geführten 129. Division der 8. Marscharmee hervorgegangen. Deshalb ist es schwer vorstellbar, daß Qin gegen Chen eingebracht wurde.

Bisher bietet sich keine plausible Erklärung für das Verschwinden der Stellvertreter Chens im Militär-Bezirk an (vgl. hierzu in diesem Heft Ü12/2).

- ba -

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG

KUNST UND MASSEN MEDIEN

(20) Symposium über die Große Mauer

Ende Juli 1979 fand in Hohhot, Hauptstadt der Inneren Mongolei, ein einwöchiges Symposium von Historikern und Archäologen über die Erhaltung und Erforschung der Großen Mauer statt. Die heute erhaltene Mauer wurde in der Ming-Zeit (1368-1644) erbaut und umfaßt ca. 6000 km. Der Beginn des

Mauerbaus geht zurück auf den Qin-Kaiser Qin Shihuang (221-207 v. Chr.), der die Mauer weiter nördlich als die Ming-Mauer anlegte. Seine Mauer verband mehrere Verteidigungsmauern einzelner Staaten, die sogar noch älter waren, nämlich aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. stammten. Die Mauer verläuft von den Ufern des Yalu in Nordostchina bis nach Xinjiang in Nordwestchina. Außer Peking und Tianjin durchläuft sie 14 Provinzen und Autonome Gebiete. Zählt man alle Abschnitte und auch teilweise parallel gebaute Stücke zusammen, beträgt die Gesamtlänge rund 50.000 km.

Die auf der Tagung vertretenen Wissenschaftler schlugen die Gründung einer Forschungsgesellschaft zur Erhaltung und zum Studium der Großen Mauer vor. Es sollen auch mehr Bücher und wissenschaftliche Arbeiten über die Mauer veröffentlicht und wissenschaftliche Expeditionen zur genauen Erfassung aller Mauerreste organisiert werden. Die weitere Forschungstätigkeit könnte sich auf die Bearbeitung von Inschriftenfunden und anderen archäologischen Ausgrabungsfunden erstrecken, die für die Erforschung der Geschichte, der Beziehungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten dieses Raumes sowie für das Militärwesen des alten China von großer Bedeutung sind (XNA, 21.8.1979).

Die chinesische Mauer gehört zu den großen Monumenten aus alter Zeit. Außer für die Wissenschaft ist sie auch als touristische Attraktion von Bedeutung. Der Staat stellt jährlich Mittel für die Erhaltung der Mauer, insbesondere der drei schönsten Abschnitte - Badaling und Juyong-Paß außerhalb Pekings, Shanhai-Paß in Hebei und Jiayu-Paß in Gansu, bereit. : Zur Zeit dreht das Schanghaier Filmstudio für Wissenschaft und Erziehung einen Farbfilm über die Große Mauer (ebd.).

- st -

(21) Chinesische Gesellschaft für mongolische Geschichte

Nach über zehnjähriger Unterbrechung in der kulturevolutionären Phase sind jetzt die Studien über mongolische Geschichte wieder neu belebt worden. Ausdruck dieser Forschungstätigkeit ist die Gründung der Chinesischen Gesellschaft für mongolische Geschichte, die im Rahmen einer achttägigen Konferenz von über 120 Spezialisten für mongolische Geschichte im August 1979 in Hohhot erfolgte. Die Gründungsversammlung fand auf nationaler Ebene statt, wobei neben Han-Chinesen auch Wissenschaftler sechs verschiedener Nationalitäten teilnahmen: Mongolen, Hui, Mandschu, Dahur, Bai und Tibeter. Sie wurde gemeinsam von der Innermongolischen Akademie der Sozialwissenschaften sowie dem Historischen Institut und dem Nationalitäteninstitut der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften veranstaltet. In den 30köpfigen Vorstand wurden mehrere Mongolen gewählt; Präsident der neuen Gesellschaft ist allerdings ein Hanchinese (XNA, 14.8.1979; GMRB, 18.8.1979).

- st -

(22) Gesellschaft für Bibliothekswesen

Anläßlich des ersten chinesischen Kongresses für Bibliothekswissenschaft, der kürzlich in Taiyuan stattfand, wurde eine Chinesische Gesellschaft für Bibliothekswesen (Zhongguo Tushuguan Xuehui) gegründet. Als wichtigste Aufgaben der Gesellschaft